

Wessel, Anne

Entwicklung der Bildungsnachfrage im Übergang von der DDR zur BRD

Zeitschrift für Pädagogik 47 (2001) 6, S. 825-835

urn:nbn:de:0111-opus-43185

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ

<http://www.beltz.de>

Nutzungsbedingungen / conditions of use

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
Informationszentrum (IZ) Bildung
Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 47 - Heft 6 - November/Dezember 2001

Thema: Die Transformation der Schule

- 801 DIETRICH BENNER/HANS MERKENS
Die Transformation der Schule. Einleitung in den Thementeil
- 811 PETER DREWER
Bildungssysteme und Bildungsexpansion in Deutschland.
Zur Entwicklung ihres Verhältnisses im historischen Vergleich
- 819 ANKE HUSCHNER
„Geregelter“ Zugang zum Abitur in den 1970er Jahren
- 825 ANNE WESSEL
Entwicklung der Bildungsnachfrage im Übergang von der
DDR zur BRD
- 837 RENATE VALTIN/HEIDRUN ROSENFELD
Zehn Jahre nach der Wende: Elterliche Einstellungen zur Schule im
Ost/West-Vergleich
- 847 HELMUT KÖHLER
Zensur, Leistung und Schulerfolg in den Schulen der DDR
- 859 PETRA GRUNER/GERHARD KLUCHERT
Erziehungsabsichten und Sozialisierungseffekte.
Die Schule der SBZ und frühen DDR zwischen politischer
Instrumentalisierung und institutioneller Eigenlogik
- 869 HENNING SCHLUSS
Intentionen und Legitimationsstrategien staatsbürgerlicher Erziehung
und politischer Bildung

Weitere Beiträge

- 879 CLEMENS ALBRECHT
Werteerziehung und Werturteilskraft. Die Aktualität einer alten Debatte
- 893 WOLFGANG BÖTTCHER
Ist ein Dialog zwischen Pädagogik und Ökonomie möglich?
Eine Diskussion am Beispiel von Anreizsystemen und Schulentwicklung

- 913 PETRA BUTZ/HEINZ REINDERS
Entwicklungswege Jugendlicher zwischen Transition und Moratorium
- 929 LUDWIG HAAG/ULRIKE VON HANFSTENGEL/HANS-DIETRICH DANN
Konflikte in den Köpfen von Lehrkräften im Gruppenunterricht

Diskussion

- 943 MANFRED LÜDERS
Was hat es mit dem Konzept der Einwirkung auf sich? Oder: Was ist und wie wirkt pädagogisches Handeln? Eine Replik auf einen Beitrag von PH. Ludwig zum Thema: Einwirkung als unverzichtbares Konzept jeglichen erzieherischen Handelns

Besprechungen

- 951 ANDREAS HELMKE
Jürgen Baumert/Wilfried, Bos/Rainer Lehmann (Hrsg.): TIMSS/III. Dritte Internationale Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie. Band I: Mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung am Ende der Pflichtschulzeit; Band II: Mathematische und physikalische Kompetenzen am Ende der gymnasialen Oberstufe
- 957 ANDREAS FLITNER
Till von Rahden: Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925
- Andreas Gotzmann/Rainer Liedtke/Till von Rahden* (Hrsg.): Juden, Bürger, Deutsche. Zur Geschichte von Vielfalt und Differenz 1800-1933
- Andrea Hopp*: Jüdisches Bürgertum in Frankfurt am Main im 19. Jahrhundert
- Elisabeth Kraus*: Die Familie Mosse. Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert
- 965 BENNO SCHMOLDT
Siegfried Baske: Conradinum 1794—1945. Schule und Alumnat in Jenkau bei Danzig und in Danzig-Langfuhr
- 967 GERHARD KLUCHERT
Barbara Schneider: Die Höhere Schule im Nationalsozialismus. Zur Ideologie von Bildung und Erziehung

Dokumentation

- 971 Pädagogische Neuerscheinungen

Content

Topic: The Transformation of the School

- 801 DIETRICH BENNER/HANS MERKENS
An Introduction
- 811 PETER DREWER
Educational Systems and Expansion of Education in Germany.
On the development of their relation in historical Comparison
- 819 ANKE HUSCHNER
"Controlled" Admittance of the 'Abitur' during the 1970s
- 825 ANNE WESSEL
The Development of the Demand for Education during the Period of
Transition from the East German System to a Unified Western System
- 837 RENATE VALTIN/HEIDRUN ROSENFELD
Ten Years After the Fall of the GDR: A comparison of East and
West German parental attitudes towards school
- 847 HELMUT KÖHLER
Grades Achievement and Scholastic Success in the Schools of the
Former GDR
- 859 PETRA GRÜNER/GERHARD KLUCHERT
Educational Objectives and Socialization Effects - The school of the
Soviet Occupied Zone and of the early GDR between political
instrumentalization and independent institutional logic
- 869 HENNING SCHLUSS
Intentions and Legitimization Strategies of Civic and of Political
Education

Further Contributions

- 879 CLEMENS ALBRECHT
Value Education and the Disputes on Value Judgement in the Sciences
The relevance of an old debate
- 893 WOLFGANG BÖTTCHER
The Feasibility of a Dialogue Between Pedagogics and Economics -
A discussion guided by the example of incentive systems and school
development

- 913 PETRA BUTZ/HEINZ REINDERS
Developmental Paths of Adolescents Between Transition and
Moratorium
- 929 LUDWIG HAAG/ULRIKE VON HANFFSTENGEL/HANS-DIETRICH DANN
Conflicts in the Minds of Teachers during Group Learning

Discussion

- 943 MANFRED LÜDERS
What About the Concept of Development? Or: What is pedagogical
action and how does it work? In reply to a contribution by PH. Ludwig
on the topic "Influence as an indispensable concept of every pedagogical
act"
- 951 *Book Reviews*
- 971 *New Books*

Entwicklung der Bildungsnachfrage im Übergang von der DDR zur BRD

Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht einige Aspekte der Bildungsnachfrage in der Übergangszeit von der DDR zur BRD für den Zeitraum Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre und analysiert diese im Spannungsfeld zwischen zentraler Steuerung bzw. staatlicher Planung und individueller Nachfrage. Vor 1989 liegt der Schwerpunkt auf staatlicher Steuerung, nach der Wende auf individueller Nachfrage. Die unterschiedlichen Steuerungsmechanismen vor und nach 1989 werden an ausgewählten Beispielen dargestellt.

1. Bildungsnachfrage in der DDR in den achtziger Jahren

Wie von P. DREWER und A. HUSCHNER in diesem Heft ausgeführt, war die Bildungsnachfrage auf dem ersten Bildungsweg in der DDR vorwiegend durch Delegation und Zulassungsquoten seitens des Staates gesteuert. Ergänzend dazu bestanden innerhalb des Bildungssystems eine Reihe von Möglichkeiten, durch ein Studium im zweiten Bildungsweg eine Korrektur der eingeschlagenen Berufskarriere vorzunehmen. Hier zeigte sich im Vergleich zur zentralen Steuerung ein mehr individuelles Wahlprinzip.

Für junge Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Angestellte mit Abschluss der 10. Klasse und einem Facharbeiterabschluss gab es in der DDR drei Möglichkeiten, um zum Hochschuldirektstudium zu gelangen: Über Vorkurse für Facharbeiter an 19 Hochschulen (von insgesamt 53), Über die Arbeiter- und Bauern-Fakultät (ABF) an der Bergakademie Freiberg und über die Volkshochschulen (mit einem flächendeckenden Netz in allen Kreisen). Weitere Korrekturmöglichkeiten für individuelle Bildungsbiografien ergaben sich über ein breit ausgebautes Netz der Weiterbildung, insbesondere durch Fernstudium, Abendstudium und Betriebsakademien.

In den 80er Jahren wurde der Weg über die Vorkurse erheblich ausgebaut. Damit sollten zum einen die Möglichkeiten des Übergangs von der Facharbeiter- zur Hochschulqualifikation erweitert und zum anderen die direkte Reproduktion der Intelligenz aus der Arbeiterklasse ermöglicht werden, da diese bisher vorwiegend über die Fachschulbildung erfolgte (vgl. Lischka 1987, S. 1). Daraus ergaben sich Konsequenzen für die Regelung der Zulassungen zu den Hochschulen: Die Zulassungsquoten für EOS und Berufsausbildung mit Abitur blieben konstant, während sich die Anzahl der Zulassungen junger Facharbeiter für ein Direktstudium Ende der 80er Jahre von 1.250 auf 2.500 pro Jahr verdoppeln sollte. Über den speziellen Weg der Vorkurse an Universitäten und Hochschulen war es den jungen Facharbeitern möglich, in nur einem Jahr eine fachgebundene Hochschulreife zu erlangen. Demgegenüber vermittelten die

ABF (für jährlich bis 200 Facharbeiter) und die Volkshochschulen (für jährlich 2.000 bis 3.000 studieninteressierte Werkstätige) eine allgemeine Hochschulreife. Das waren ca. 20% all derjenigen, die in einem Jahr die Hochschulreife erwarben. Im Durchschnitt begannen Ende der 80er Jahre über einen der drei genannten Wege 12% aller Direktstudenten der Hochschulen ein Studium (vgl. LISCHKA 1990, S. 8f). Vergleichsweise nahmen von den EOS-Abgängern im gleichen Zeitraum jährlich zwischen 15.000 (Mitte der 80er Jahre) und 13.000 (Ende der 80er Jahre) ein Direktstudium an Universitäten und Hochschulen auf.

Werden die Anteile der unterschiedlichen Hochschulzugänge verglichen, so ist festzustellen, dass der Anteil derjenigen, die die Hochschulreife auf direktem Wege über EOS und BmA erlangen konnten, von 1980 bis 1989 in den EOS um 24% zurückgegangen ist; bei der Berufsausbildung mit Abitur betrug der Rückgang in diesem Zeitraum nur 4%; dagegen nahm der Anteil der Teilnehmer an Vorkursen und ABF auf dem indirekten Weg zur Hochschulreife von 1980 bis 1989 um 19% zu (REUSCHEL/HENSEL 1993, S. 202). Für den direkten Weg des Hochschulzugangs ist zu ergänzen, dass von 1981 bis 1989 zunehmend Abgänger mit Abitur von den Spezialschulen die Hochschulen besuchten. Bezogen auf die 18-jährigen Schüler in Prozent des entsprechenden Altersjahrganges waren dies 1981 11,5% in EOS, 7,2% in BmA und 1% in Spezialschulen, insgesamt 19,7% des Altersjahrganges; bis 1989 erfolgte ein Rückgang auf insgesamt 16,8%: 9% in EOS, 6,2% in BmA und 1,6% in Spezialschulen (ebd., S. 252, 258, 264). Außerdem muss angemerkt werden, dass z.B. für die Ausbildung als Unterstufenlehrer kein Abitur nötig und der Zugang zu den 30 Instituten für Lehrerbildung direkt nach der 10 Klasse möglich war. Gleiches gilt auch für Fachschulingenieure und mittleres medizinisches Personal.

Interessant ist nunmehr die Frage, ob diese Wege der Hochschulvorbereitung genutzt wurden, weil der Zugang zur EOS oder BmA wegen nicht ausreichender Leistungen oder aus anderen Gründen verwehrt wurde, oder ob nach Abschluss der 10. Klasse ein Studienwunsch noch gar nicht bestand? Ausgewertet wurden dafür Untersuchungen des Instituts für Hochschulbildung in Berlin in den 80er Jahren.

Geht man davon aus, dass alle Schüler, die den Abschluss der 10. Klasse mit Auszeichnung oder sehr gut bewältigt haben, von ihren Leistungen her direkt in die Abiturstufe hätten aufgenommen werden können, dann sind es bei den ABF-Studenten 61% und bei den Vorkursstudenten 47%, für die dieser Weg im Prinzip möglich gewesen wäre. Allerdings muss auch vermerkt werden, dass für die übrigen unter den bestehenden Aufnahmebedingungen der EOS mit Sicherheit keine Chance bestanden hätte, auf diesem Wege das Abitur abzulegen. Für diese war es die erste reale Chance der Hochschulvorbereitung und ein möglicher Weg, die bisher eingeschlagene Bildungskarriere zu korrigieren (vgl. LISCHKA 1988, S. 16).

Hinsichtlich der Entwicklung der Studienwünsche stellt LISCHKA (1988, S. 17f) fest, dass 68,2% der befragten ABF-Studenten und 61,2% der Vorkursstudenten sehr gern schon nach der 10. Klasse einen hochschulvorbereitenden Bildungsweg eingeschlagen hätten. Aber dieser Bildungswunsch war nicht vorwiegend auf einen EOS-Besuch gerichtet, sondern die Mehrzahl votierte für

den Weg einer berufspraktischen Vorbereitung über eine Berufsausbildung mit Abitur.

Äußerst interessant ist die Tatsache, dass 14% der ABF-Studenten und 21% der Vorkursstudenten, die zu diesem Zeitpunkt noch keinen Studienwunsch hatten und kein Abitur anstrebten, von der Schule für die EOS vorgeschlagen worden waren, was angesichts der großen Zahl der sehr guten Ober- schulabschlüsse nicht verwunderlich ist. Offensichtlich waren diese Schüler zu diesem Zeitpunkt schon mehr berufspraktisch orientiert und hätten lieber eine Berufsausbildung mit Abitur gewählt, wobei sich jeder zweite bzw. dritte auch dafür beworben hatte. Ähnliches gilt auch für Schüler der Volkshochschulen: Einerseits zeigten 40% von ihnen Interesse an einem EOS-Besuch, und 10% davon hatten sich auch beworben, erhielten aber keinen EOS-Platz; andererseits hatte die Schule von den 60% der nicht an der EOS Interessierten 20% für einen EOS-Platz vorgeschlagen (vgl. LISCHKA 1989, S. 10). Eines wird an diesen Beispielen deutlich: Eine Darstellung des Problems des eingeschränkten Hochschulzugangs in der DDR der Art, dass es eine einseitige Selektion der viel zu großen Bewerberzahl seitens des Staates gegeben habe, ist so nicht zutreffend. Es ist vielmehr eine differenzierte Betrachtungsweise erforderlich.

Für die Zulassung zu den drei genannten Studieneinrichtungen spielte die Delegation durch die Betriebe eine unterschiedliche Rolle. Während Studienwillige für die ABF zu 95% und für Vorkurse an Hochschulen zu 88% von ihren Betrieben delegiert wurden - wobei sich 85% dieser Studierwilligen mit ihrem Qualifizierungswunsch selbst an die Betriebsleitungen wandten -, sollten Volkshochschulen allen Interessierten offen stehen. Für die Delegationen erhielten die Fachministerien zwar zentrale Delegationsvorgaben durch das Ministerium für Hoch und Fachschulwesen, diese wurden aber - wie eine Analyse von LISCHKA ergab - mit 0 bis 170% erfüllt, und es erfolgten eine Reihe von Delegationen aus nicht beauftragten Ministeriumsbereichen (ebd., S. 10). Durch das Delegationprinzip wurden einerseits demokratische Rechte eingeschränkt, da durch die Verfassung der DDR der freie Zugang zu den Bildungsgängen garantiert war, andererseits wurde vielfach mit der Delegation auch ein Vertrag über den künftigen Einsatz im Betrieb abgeschlossen und dadurch die Berufskarriere gesichert.

Am Beispiel der Elternbefragung aus der Voruntersuchung zum Projekt Schulwahlverhalten kann die Bedeutung der Erhöhung der Qualifikation auf dem zweiten Bildungsweg belegt werden (vgl. Tab. 1, S. 828). Von 328 befragten Eltern aus Lichtenberg haben 29% der Mütter und 33% der Väter ihren höchsten Berufsabschluss über den zweiten Bildungsweg erreicht, und zwar in der Betriebsakademie, durch Weiterbildungslehrgänge oder im Fernstudium (vgl. ROST/WESSEL 1993).

2. Bildungsnachfrage nach der Wende

In der Nachwendezeit wurde von Eltern und deren Kindern in den neuen Bundesländern und Ostberlin innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums ein völlig anderes Verhalten hinsichtlich der Bildungsnachfrage verlangt: die Umstellung von der weitgehenden „Zuteilung“ von Bildungslaufbahnen durch den Staat

Tab. 1: Auf welchem Wege haben Sie Ihren höchsten Berufsabschluss erreicht? (Mehrfachnennungen möglich)				
(N = 328) Berufsabschluss	Mutter		Vater	
	N	%	N	%
Berufsausbildung/Lehre	182	55,5	173	52,7
Betriebsakademie*	12	3,7	15	4,6
Weiterbildungslehrgänge*	49	14,9	42	12,8
Zuerkennung	3	0,9	1	0,3
Direktstudium	145	44,2	115	35,1
Fernstudium*	33	10,1	51	15,5
2. Bildungsweg/ges.*		28,7		32,9

zum Entscheidungszwang, zu einem relativ frühen Zeitpunkt einen Schultyp in einem ihnen weitgehend unbekanntem Schulsystem wählen zu müssen. Aber auch für diese individuelle Wahl werden Steuerungsinstrumente wirksam, die die Schulwahl beeinflussen: zum einen die Steuerung durch Zensuren (ein bestimmter Zensuredurchschnitt als Voraussetzung zur Aufnahme in das Gymnasium), zum anderen durch die Grundschulempfehlung. Bei beiden Steuerungsinstrumenten sind sozial Schwache (sog. neue Arme) besonders benachteiligt. Dies soll nachfolgend anhand einiger Daten aus dem Projekt „Schulwahlverhalten“¹ belegt werden. Die Daten wurden in Ostberlin und Brandenburg (Cottbus und Frankfurt) erhoben. Dabei treffen Brandenburger Eltern im Vergleich zu anderen Bundesländern auf sehr liberale Regelungen: eine freie Schulwahl nach der sechsjährigen Grundschule, keine vorgegebenen Mindestnoten bei der Aufnahme in ein Gymnasium, Entscheidungen nur gestützt auf eine Schullaufbahneempfehlung der Schule und/oder Beratungsgespräche mit Lehrern (die Empfehlung der Schule wird den Eltern in Brandenburg seit 1997 nicht mehr schriftlich mitgeteilt; an diese Stelle sind verbindlich Beratungsgespräche mit dem Klassenlehrer getreten). Berlin nimmt im Kontext der Bundesländer eine Mittelstellung ein: Es wird freier Zugang zu den Schulformen in der Sekundarstufe garantiert, allerdings ist in der Realschule und im Gymnasium eine Probezeit von einem halben Jahr zu absolvieren.

2.1 Elternwahl und Grundschulempfehlung

Da für die Schulwahl der Eltern die Empfehlung der Grundschule - wie in einer Reihe anderer Untersuchungen nachgewiesen wurde - ein wesentlicher Faktor ist, soll auf das Verhältnis von Elternwahl und Grundschulempfehlung kurz eingegangen werden.

¹ „Schulwahlverhalten von Eltern und Schülern in Berlin und Brandenburg“ unter Leitung von HANS MERKENS, Freie Universität Berlin, im Zeitraum von 1994 bis 2000, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Me 733/8-1 bis 8-4).

Tab. 2: Schulwahl der Eltern und Grundschulempfehlung		
	1. Kohorte	2. Kohorte
Abschlusswünsche der Eltern in der 6. Klasse		
Hauptschulabschluss	8,5	5,1
Realschulabschluss	27,1	29,9
Abitur	64,4	65,0
Grundschulempfehlung in der 6. Klasse		
Hauptschulabschluss	11,8	9,4
Realschulabschluss	43,3	50,8
Abitur	45,0	39,7

Der Vergleich der Ergebnisse beider Kohorten zeigt, dass das Abitur von den Eltern am häufigsten gewählt wird. Der Hauptschulabschluss spielt nur eine untergeordnete Rolle. Damit zeigen die Eltern beider Kohorten sehr hohe Bildungsaspirationen, deren Werte aufgrund einer zufälligen und nicht repräsentativen Stichprobe über denen anderer Untersuchungen liegen. Grundlegende Beziehungen können dennoch verdeutlicht werden. Beispielsweise ist ersichtlich, dass die elterlichen Bildungsaspirationen erheblich über den von der Grundschule empfohlenen Bildungsabschlüssen liegen. Diese Differenz hat sich in der 2. Kohorte noch verstärkt. Eine Ursache kann darin liegen, dass die Grundschulempfehlung in Brandenburg an Bedeutung verloren hat.

2.2 Soziale Aspekte der Bildungsnachfrage nach der Wende

Die Bildungsnachfrage in den neuen Ländern erhält besondere Brisanz innerhalb einer sozialen Gruppe, die es vor der Wende faktisch nicht gegeben hat: die Arbeitslosen. Arbeitslosigkeit steht im Zentrum der Wendeerfahrung der Mehrheit der Ostdeutschen (Sozialreport 1994, S. 116). Im Unterschied zu Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit im Osten durch einen gesellschaftlichen Umbruch erzeugt worden und wird als Bestandteil dieses Umbruchs wahrgenommen und erfahren. Kennzeichnend für diese Situation sind grundlegend veränderte Beschäftigungsbedingungen und Zugangsmöglichkeiten zur Erwerbsarbeit. Der Verlust der Erwerbsarbeit wird deshalb von den Betroffenen als sehr zwiespältige soziale Situation erlebt. Die Welt ihrer Arbeit - manifestiert in einer zumeist langjährigen Betriebszugehörigkeit - ist im Umbruch begriffen, Kompetenzen und Tätigkeitsprofile verfallen und verändern sich, Berufsfelder entstehen neu (vgl. VOGEL 1999).

Die Bildungsaspirationen arbeitsloser Eltern sowie anderer unterprivilegierter Gruppen (bezeichnet als „Benachteiligte“) und Bildungschancen für deren Kinder im neuen Bildungssystem sollen nachfolgend an einer Teilstichprobe unserer Untersuchung zum Schulwahlverhalten dargestellt werden.

2.2.1 Stichprobe und Konstruktion des Index „Benachteiligte“

In die Stichprobe wurden zunächst alle arbeitslosen Väter und Mütter des 3. Messzeitpunktes (Kinder in der 6. Klasse) aus der zweiten Untersuchungswelle einbezogen. Anzumerken wäre, dass die Eltern unserer Stichprobe in Bezug auf die Arbeitslosigkeit unterhalb des Durchschnitts in Ostberlin und Brandenburg liegen, da sie erstens in der Mehrheit zwischen 35 und 45 Jahre alt sind und damit zu den Altersgruppen gehören, die am wenigsten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, zweitens eine ausgewählte Stichprobe mit einem überdurchschnittlichen Sozialstatus vorliegt. Außerdem wurde die Stichprobe ergänzt durch solche Eltern, die als ehemalige Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie in Umschulung oder Fortbildungskursen aufgefangen wurden. Einbezogen wurden des Weiteren die Hausfrauen/-männer, welche vor der Wende einer beruflichen Tätigkeit nachgingen, da angenommen werden kann, dass es sich hier um verdeckte Arbeitslosigkeit handelt. Wenn mindestens ein Elternteil dieser gekennzeichneten Gruppe zugeordnet werden konnte, wurde diese Familie in den Teilindex „arbeitslose Familien“ aufgenommen. Dazu gehören 19,1 % der Gesamtstichprobe. R.H. LEHMANN hat in einer empirischen Studie in fünften Klassen an Hamburger Schulen nachweisen können, dass Kinder allein erziehender Mütter geringere Chancen haben, eine Gymnasialempfehlung von der Schule zu erhalten als Kinder aus vollständigen Familien (vgl. LEHMANN/PEEK/GÄNSFUSS 1997, S. 91). Aus diesem Grunde wurden die allein erziehenden Väter und Mütter - dies sind 24,1% der Stichprobe - in den Teilindex „Alleinerziehende“ aufgenommen. Ein weiteres Merkmal unterprivilegierter Gruppen ist das geringe Familieneinkommen. Da die Merkmale „allein erziehend“ und „arbeitslos“ häufig kumulieren, ist der Index „Benachteiligte“ so konstruiert worden, dass nur eines der beiden Merkmale zutreffen musste („arbeitslos“ oder „allein erziehend“), aber zusätzlich „niedriges Einkommen“ für beide Gruppen als zutreffend zu gelten hatte. Auf diese Weise wurde eine Stichprobe von 145 Familien als benachteiligt selektiert, die im Vergleich mit 372 nicht benachteiligten Familien untersucht wird. Dabei zeigt sich, dass benachteiligte Familien im Vergleich mit nicht benachteiligten einen weitaus niedrigeren Sozialstatus besitzen und geringere kulturelle und ökonomische Ressourcen aufweisen können. Alle diesbezüglichen Unterschiede sind hochsignifikant.

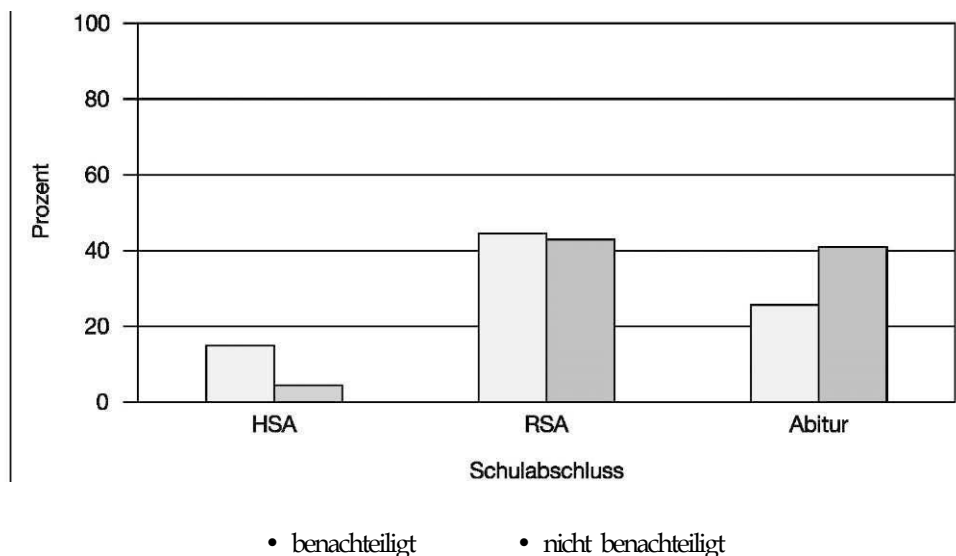
2.2.2 Grundschulempfehlungen und Bildungsaspirationen benachteiligter Familien

In verschiedenen Untersuchungen konnte nachgewiesen werden, dass die Schulleistungen des Kindes den stärksten Einfluss auf die Empfehlung der Schule haben (DITTON 1989, 1992; LEHMANN u.a. 1997). Es wird aber bereits von DITTON darauf verwiesen, dass Grundschulempfehlungen auch sachfremden Einflüssen unterliegen. Bei unsicheren Entscheidungslagen - z.B. bei nur mittleren Schulleistungen -, so stellte er fest, haben die Lehrer größeres Vertrauen in die Bewährungschancen der oberen Sozialgruppen bezüglich anspruchsvoller Studiengänge (vgl. DITTON 1992, S. 206). Außerdem konnte LEH-

MANN (1997, S. 89-91) empirisch belegen, dass bei gleichen individuellen Schulleistungen (gemessen in speziellen Schulleistungstests bei allen Schülerinnen und Schülern der 5. Klassen in Hamburg) bestimmte Schülergruppen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, eine Gymnasialempfehlung von der Schule zu erhalten, bevorzugt oder benachteiligt werden: Die Wahrscheinlichkeit steigt bei Kindern von Eltern mit höherem Bildungsabschluss und bei Mädchen, sie sinkt bei Kindern allein erziehender Mütter. Diese Ergebnisse treffen einen zentralen Punkt im Bildungssystem: die Chancengerechtigkeit für Kinder unterschiedlicher Sozialgruppen.

Wird nun die Stichprobe der benachteiligten Familien hinsichtlich der Empfehlungen der Grundschulen mit den nicht benachteiligten Familien verglichen, so ergibt sich folgendes Bild: Die benachteiligten Familien erhalten von den Schulen deutlich mehr Empfehlungen für den Hauptschulabschluss (16,7:6,2%), ähnlich viele Realschulempfehlungen (52,1:48,7%) und deutlich weniger Abiturempfehlungen (31,3:45,2%) als nicht benachteiligte Familien. Die Unterschiede sind mit $p = .000$ hochsignifikant. Da sich die Lehrer bei den Schulempfehlungen stark an den Schulleistungen orientieren und die benachteiligten Kinder in der Regel schlechtere Schulleistungen erbringen als die nicht benachteiligten, scheint diese Differenz auf den ersten Blick erklärbar zu sein. Die Prüfung der Schulleistungen in beiden Gruppen ergab, dass die benachteiligten Kinder tatsächlich weniger sehr gute und deutlich mehr schlechte Schulleistungen aufwiesen ($p = .011$). Der genannte Effekt der schlechteren Leistungen bei benachteiligten Kindern ist in sozialwissenschaftlichen Forschungen durch geringere sozioökonomische und kulturelle Ressourcen dieser Familien vielfach belegt worden. Insofern sind Kinder aus unterprivilegierten

Abb. 1 Schulempfehlung Kl. 6



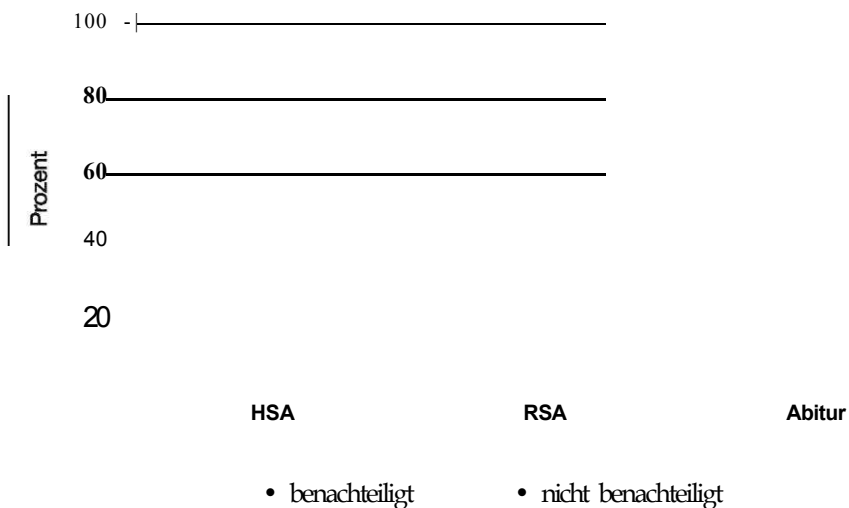
Familien allein via Geburt und Aufwachsen in einem bestimmten sozialen Milieu das erste Mal benachteiligt.

Ein weiterer Leistungsvergleich ist auf der Grundlage der durchgeführten Schulleistungstests (AST) vorgenommen worden. Die Ergebnisse des „Allgemeinen Schulleistungstests“, die von uns in der 5. Klasse erhoben wurden, sind weder den Lehrern noch den Eltern oder Schülern bekannt. Nunmehr sind alle Schülerinnen und Schüler selektiert worden, die im AST eine Punktzahl erreicht haben, die über dem Durchschnitt der Stichprobe liegt (Leistungsstichprobe). Folglich dürfte es in dieser bei benachteiligten und nicht benachteiligten Schülern keine Unterschiede mehr bei den Schulempfehlungen durch die Lehrer geben.

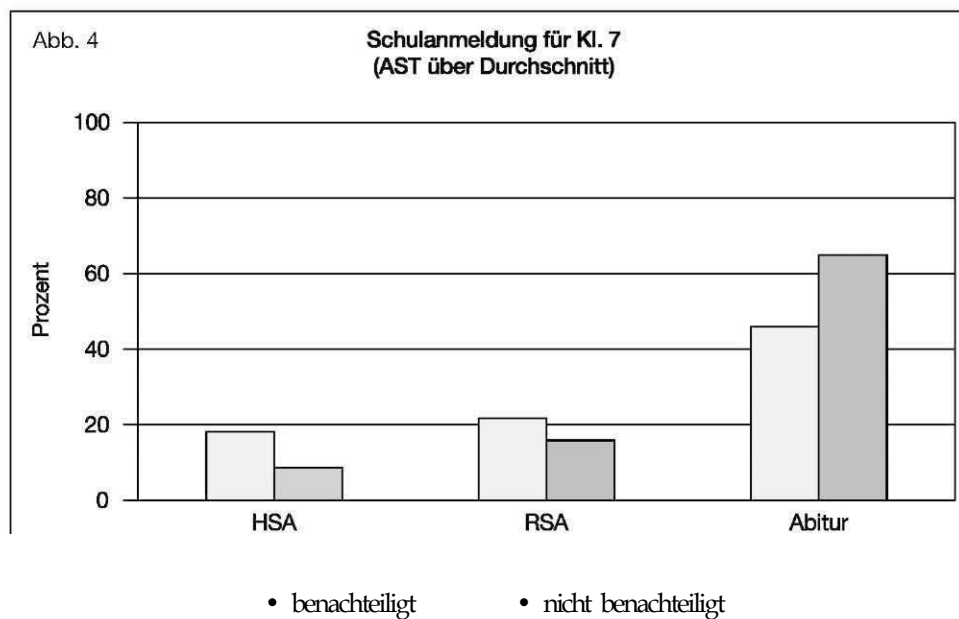
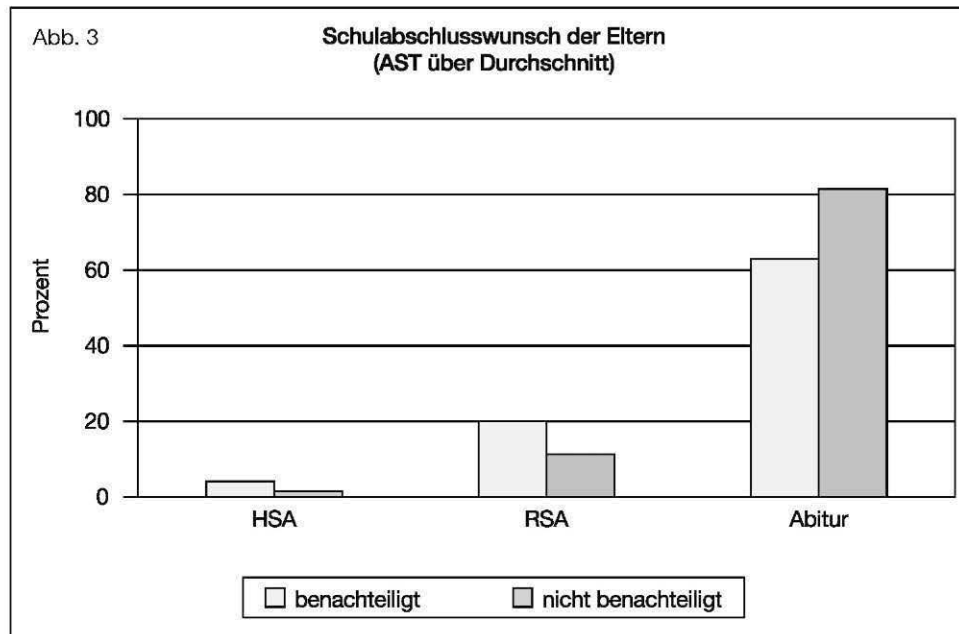
Wie erwartet wurden den Eltern in dieser Leistungsstichprobe insgesamt weniger Hauptschulabschlüsse und mehr Abiturabschlüsse empfohlen als in der Gesamtstichprobe. Nicht erwartungsgemäß zeigt sich jedoch signifikant ($p = .003$) ein gleiches Verteilungsmuster der empfohlenen Schulabschlüsse wie in dieser (vgl. Abb. 1). Folglich werden Kinder aus unterprivilegierten Familien auch dann noch, wenn sie trotz ungünstigerer Ausgangsbedingungen gleich gute Schulleistungen wie andere Kinder erreichen, hinsichtlich der empfohlenen Schulabschlüsse wiederum benachteiligt. Im Endeffekt ist diese Benachteiligung eine doppelte. Die oben genannten negativen Vorurteile der Lehrer gegenüber den genannten Familien scheinen größer zu sein, als bisher angenommen worden ist.

Nach den genannten Einschätzungen der Lehrer ist nun besonders interessant, wie sich die Eltern leistungsstarker Schüler aus der benachteiligten Gruppe hinsichtlich der Schulabschlusswünsche verhalten und für welche Schulformen sie ihre Kinder angemeldet haben. Als Prüfkriterium wurde wiederum die

Abb. 2 **Schulempfehlung Kl. 6
(AST über Durchschnitt)**



erreichte Punktzahl im Schulleistungstest (AST über dem Durchschnitt) eingesetzt. Zunächst wird deutlich, dass die Elternwünsche bezüglich des Abiturs als Abschluss in beiden Untersuchungsgruppen ca. 20% über den Empfehlungen der Schule liegen. Wesentlich ist jedoch, dass sich benachteiligte und nicht benachteiligte Familien auch hier signifikant zu Ungunsten der unterprivile-



gierten Familien unterscheiden. Bei den Anmeldungen in den Schulen der Sekundarstufe I ergibt sich das gleiche Verteilungsmuster wie bei den Bildungsaspirationen der Eltern. Das heißt, dass die *doppelte* Benachteiligung der Kinder aus unterprivilegierten Familien durch die Lehrer der Grundschulen seitens der Eltern in gleicher Weise - sicher unbewusst - unterstützt wird. Sie sind bei gleichen Schulleistungen ihrer Kinder viel vorsichtiger bei der Wahl weiterführender Schulen und haben deutlich geringere Bildungsaspirationen hinsichtlich des zu erreichenden Bildungsabschlusses nach der 10. bzw. 13. Klasse.

Zum Abschluss ist geprüft worden, ob die Benachteiligungen, die diese Kinder durch Lehrer und Eltern objektiv erfahren, bereits in den Beziehungen zu den Mitschülern sichtbar werden. Dies wurde anhand einiger Indizes mit Hilfe von Varianzanalysen überprüft, deren Items in einem „Sozialfragebogen“ am Ende der 5. Klasse erhoben worden sind. Untersucht wurden die Integration in der Klasse, Beliebtheit und Einfluss bei Mitschülern sowie Sozialerfahrungen mit Mitschülern. Erfreulicherweise ergeben sich bei allen untersuchten Indizes keine signifikanten Unterschiede zwischen Schülern aus benachteiligten und nicht benachteiligten Familien. Die Beziehungen zwischen den Schülern scheinen relativ unabhängig von sozioökonomischer Deprivation der Familien in diesem Alter noch zu funktionieren.

3. Fazit

Für benachteiligte Familien kann festgestellt werden, dass deren Kinder auch dann noch, wenn sie trotz - im Vergleich mit anderen Kindern - ungünstigerer Ausgangsbedingungen gleich gute Schulleistungen erreichen, hinsichtlich der empfohlenen Schulabschlüsse durch die Lehrer faktisch ein zweites Mal benachteiligt werden. Dies wird seitens der Eltern in gleicher Weise gestützt. Sie sind bei gleichen Schulleistungen ihrer Kinder viel vorsichtiger bei der Wahl weiterführender Schulen und haben deutlich geringere Bildungsaspirationen. Auch die Bildungsaspirationen der Kinder zeigen die gleiche Tendenz. Dieses Ergebnis lässt vermuten, dass die Kinder durch ihr häusliches Milieu in einer bestimmten Einstellung, einer sehr vorsichtigen Haltung gegenüber höheren Bildungskarrieren bestärkt werden. Einzig die Beziehungen zwischen den Schülerinnen und Schülern in der Klasse scheinen relativ unabhängig von sozioökonomischer Deprivation der Familien zu funktionieren. Die gegenwärtige Beeinträchtigung von Kindern durch diese wirft bereits ihre Schatten auf die Zukunft dieser Kinder und der Gesellschaft voraus. Die zukünftige Sozialstruktur in Ostdeutschland wird von Verlusten in der jungen Generation geprägt sein. Man kann von der Reproduktion von Verlusten sprechen. Dies zeigt, dass der Transformationsprozess viel langsamer vonstatten gehen wird, als oftmals prognostiziert worden ist (vgl. BECKER/NIETFELD 1998, S. 30).

Literatur

- BECKER, R./NIETFELD, M.: Arbeitslosigkeit und Bildungschancen von Kindern im Transformationsprozess. Eine empirische Studie über die Auswirkungen sozioökonomischer Deprivation auf intergenerationale Bildungsvererbung. TU Dresden, Institut für Soziologie. Dresden 1998.
- DITTON, H.: Determinanten für elterliche Bildungsaspirationen und für Bildungsempfehlungen des Lehrers. In: *Empirische Pädagogik* 3 (1989), S. 215-231.
- DITTON, H.: Ungleichheit und Mobilität durch Bildung. Theorie und empirische Untersuchung über sozialräumliche Aspekte von Bildungsentscheidungen. Weinheim und München 1992.
- LEHMANN, R.H./PEEK, R./GÄNSFUSS, R.: Aspekte der Lernausgangslage von Schülerinnen und Schülern der fünften Klassen an Hamburger Schulen. Bericht über die Untersuchung im September 1996. (Hrsg. von der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Amt für Schule) Hamburg 1997.
- LISCHKA, I.: Hochschulzugang junger Facharbeiter über die Vorkurse. In: *Forschung über das Hochschulwesen* Nr. 21/87, Zentralinstitut für Hochschulbildung (ZfH) der DDR. Berlin 1987.
- LISCHKA, I.: Hochschulzugang junger Facharbeiter über die Vorkurse und die ABF. In: *Forschung über das Hochschulwesen* Nr. 29/88, ZfH der DDR. Berlin 1988.
- LISCHKA, I.: Bedingungen des Hochschulzugangs Werkstätiger über die Volkshochschulen. In: *Forschung über das Hochschulwesen* Nr. 57/89, ZfH der DDR. Berlin 1989.
- LISCHKA, I.: Hochschulzugang Werkstätiger unter dem Aspekt der Demokratisierung des Bildungswesens. Thesen zur Diss. B, Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Berlin 1990.
- REUSCHEL, H.-D./HENSEL, R.: Grundlagen für die Erweiterung der Bildungsgesamtrechnung auf die neuen Bundesländer. In: G. FISCHER u.a. (Hrsg.): *Bestand und Bewegung im Bildungs- und Beschäftigungssystem der BRD*. BeitrAB 170. Nürnberg 1993, S. 179-269.
- ROST, P./WESSEL, A.: Schulwahlverhalten von Schülern und Eltern in Ostberlin. *Arbeitsbericht Nr. 2*, Zentrum für Europäische Bildungsforschung. Berlin 1993.
- Sozialreport 1994. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin 1994.
- VOGEL, B.: *Ohne Arbeit in den Kapitalismus. Der Verlust der Erwerbsarbeit im Umbruch der ostdeutschen Gesellschaft*. Hamburg 1999.

Abstract

The author examines several aspects of the demand for education in the period of transition from the East German to the West German system, i.e. for the period from the mid 1980s to the mid 1990s, and analyzes them within the area of conflict defined by central control or planning by the State and individual demand. Before 1989, the main focus was on State control, after the end of the GDR it shifted to individual demand. The different control mechanisms applied before and after 1989 are described by drawing on selected examples.

Anschrift der Autorin

Doz. Dr. habil. Anne Wessel, Freie Universität Berlin,
Institut für Allgemeine Pädagogik, Fabeckstr. 13, 14195 Berlin